

Presseinformation

Schluss mit der Lüge - es gibt keine „Doppelvergütung“ der Fachärzte!

München, 27. November 2025

Angesichts der angespannten Finanzlage der gesetzlichen Krankenkassen werden immer wieder Forderungen laut, bei der Vergütung der ambulanten fachärztlichen Versorgung zu sparen. Diese Forderung negiert dabei komplett die Versorgungs- und Vergütungsrealität des vertragsärztlichen fachärztlichen Bereiches. Die neueste Unverschämtheit leistet sich nun wieder einmal die SPD. Sie fordert eine „Rücknahme“ der angeblichen „Doppelvergütung“ der Fachärzte für die Behandlung von Patientinnen und Patienten im Rahmen der TSVG-Konstellationen.

Der vertragsärztliche und -psychotherapeutische Bereich ist trotz aller Unkenrufe extrem effizient und keinesfalls der Kostentreiber in unserem Gesundheitssystem. Die Steigerungen im ambulanten Bereich liegen in den letzten 5 Jahren 50% unter denen der Krankenhäusern oder der Kosten für Arzneimittel. Nicht vergessen darf man hierbei, dass die Ärzteschaft seit 1993 aufgrund der Budgetierung der ärztlichen Vergütung jedes Jahr bereits ihren Zwangsbeitrag zur Stabilisierung des Gesundheitssystems leistet. So sind bundesweit bisher insgesamt ca. 50 Mrd. € der Vergütung für die ambulante fachärztliche Versorgung vorenthalten worden. Den Fachärztinnen und Fachärzten in Bayern wurden in diesem Zeitraum Leistungen in Höhe von 9 Mrd. € nicht vergütet.

Wie sieht die Situation in Bayern aus? In Bayern wurden im Jahr 2024 ambulant fast 62 Millionen Behandlungsfälle durch niedergelassene Fachärztinnen und Fachärzte versorgt - bei knapp 2,7 Millionen stationäre Fällen. Etwa 3,5 Millionen Fälle (ca. 5 %) waren als sogenannte TSVG-Konstellationen, also Offene Sprechstunde, Hausarztvermittlung, Vermittlung durch die Terminservicestelle (TSS) und TSS-Akutfälle, dringlich versorgt und deshalb extrabudgetär, also ohne Abschläge, regulär mit Zuschlägen vergütet worden.

Dies ist keine „Doppelvergütung“, sondern nur der korrekte Betrag ohne Zwangsbeitrag zur Stabilisierung des Gesundheitssystems. Diese dreisten Äußerungen der SPD-Gesundheitspolitiker sind entweder gelogen oder - was genauso so schlimm wäre - zeugen von kompletter Unkenntnis. Werden diese Zuschläge für die ambulante fachärztliche Versorgung wieder abgeschafft, werden die schnelleren Termine für diese Patientinnen und Patienten mit sofortiger Wirkung der Vergangenheit angehören und die Wartezeitendiskussion wird sich wieder zuspitzen.

Viel wichtiger wäre es, unser Gesundheitssystem von versicherungsfremden Leistungen (etwa 59,8 Mrd. €) zu befreien, eine wirkliche Ambulantisierung mit einem Einsparpotential von mindestens 8 Mrd. € einzuleiten, wobei die Architekturfehler der Hybrid-DRG behoben werden müssen. Unsinnigen Satzungsleistungen der Krankenkassen (Einsparpotential etwa 0,9 Mrd. €) müssen abgeschafft werden. Von weiteren Einsparmöglichkeiten wie z.B. Senkung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel ganz zu schweigen.

Es gibt also eine Reihe sinnvoller Ansätze, um Einsparungen in unserem Gesundheitssystem zu realisieren. Der wichtigste ist die Stärkung der ambulanten fachärztlichen Versorgung!